

Pressekonferenz des Verbandes der privaten  
Krankenversicherung am 14. Juni 2006 in Berlin

## Pressstatement

**Reinhold Schulte**  
**Verbandsvorsitzender**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

---

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Pressekonferenz. Einigen von Ihnen sind wir ja bereits vor knapp zwei Wochen anlässlich unserer Mitgliederversammlung hier in Berlin begegnet. Dass wir Sie so kurzfristig wieder zu uns bitten, hat mit einem Thema zu tun, das wir vor 14 Tagen auch schon angesprochen haben:

Damals ein Aspekt unter mehreren, hat es sich in den letzten Tagen – leider – zu einer zentralen Bedrohung der privaten Krankenversicherung und damit zu einem gefährlichen Irrweg für die Gesundheitspolitik entwickelt. Ich meine die Diskussion um die Einbeziehung der privat Versicherten in den so genannten Gesundheitsfonds. Und ich sage hier gleich vorab: Geredet wird von **Einbeziehung** der PKV – aber in Konsequenz geht es um die **Abschaffung** der PKV und um den Einstieg in die Bürgerversicherung, von der die Koalition doch – wie auch von der Gesund-

heitspauschale – dem eigenen Bekunden nach zumindest für diese Reform Abschied genommen hat.

Die Vereinnahmung der privat Versicherten durch einen Fonds mit einkommensabhängigen Beiträgen wäre nicht nur das Ende des heutigen erfolgreichen Geschäftsmodells der PKV, sondern würde auch eine Interventionsspirale in Gang setzen, an deren Ende weitaus mehr Gleichmacherei – und ich sage auch: weitaus mehr Schlechtmacherei - im Gesundheitswesen stünde, als das vielen heute schon bewusst ist.

Einzelheiten dazu wird Ihnen gleich Dr. Leienbach erläutern, vorweg von mir aber schon einmal der zentrale Gedanke: Wer privat Versicherte in den Gesundheitsfonds einbeziehen will, wird es nicht bei der Beitragserhebung à la GKV bewenden lassen können, sondern zwangsläufig auch die Bedingungen bei der Beschaffung von Gesundheitsleistungen gleichschalten müssen.

Damit aber zurück zu den unmittelbaren Auswirkungen auf die PKV: Wir begrüßen zwar, dass sich in den vergangenen Tagen erneut und verstärkt maßgebliche Politiker der Union für den Erhalt der PKV ausgesprochen haben. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass unseren Versi-

cherten, dass der PKV und dass auch dem Gesundheitswesen insgesamt die schönste Garantie nicht hilft, wenn damit zwar der Bestand, nicht aber das Entwicklungspotenzial der PKV, also die Möglichkeit, Neukunden zu gewinnen, geschützt wird.

Ein Abschneiden des Neuzugangs hätte für die PKV beträchtliche, negative Auswirkungen – am gravierendsten gerade da, wo uns der Gesetzgeber Umlageelemente in die Kalkulation diktiert hat:

- Im Standardtarif, wo das Versichertenkollektiv die Kappung der Beiträge auffängt,
- in der Pflegeversicherung, wo die Beitragslimitierung ebenfalls erst durch eine Umlage ermöglicht wird
- und bei der Beitragsentlastung im Alter, die sich auch aus den so genannten Überzinsen der Jüngeren speist.
- Außerdem gibt es in der PKV eine Mischkalkulation der Verwaltungskosten, die sich ohne Neuzugang zu Ungunsten der Bestandsversicherten entwickeln würde.

Jegliche Einbeziehung der PKV in die geplante, riesige Umverteilungsbürokratie des Fonds wäre aber auch verfassungsrechtlich höchst beden-

lich: Ohne einer rechtlichen Überprüfung, die wir dazu in Auftrag gegeben haben, vorgreifen zu wollen, lässt sich doch schon so viel sagen:

Die faktische Zerstörung des Geschäftsmodells der PKV wäre ein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit und ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheitsrechte des Versicherten. Unverhältnismäßig vor allem deshalb, weil der Eingriff zu unzumutbaren Belastungen führen würde, **ohne** ein Problem der GKV zu lösen. Nicht einmal der Zweck also könnte in diesem Fall das Mittel rechtfertigen.

Die Ursachen für das Defizit der gesetzlichen Kassen im nächsten Jahr sind zum einen von der Politik selbst geschaffen, zum anderen sind es die Strukturprobleme innerhalb der GKV. Es sind aber nicht die 8,4 Millionen privat Krankenvoll- und knapp 18 Millionen Zusatzversicherten.

Im Übrigen handelt es sich bei den PKV-Vollversicherten ja auch nicht ausnahmslos um Spitzenverdiener, wie von manchen Politikern immer wieder behauptet wird. Natürlich sind bei uns auch so genannte Besserverdiener versichert – übrigens längst nicht so viele wie in der GKV - aber wir haben eben auch den kleinen Selbständigen oder den Amtsinspektor im middle-

ren Dienst mit unter 2.500 Euro brutto. Wir versichern auch nicht nur die guten Risiken, sondern ebenfalls chronisch Kranke und Behinderte. Und für jene freiwillig Versicherten, die im Augenblick noch keinen Zugang in die PKV erhalten, liegt unser Angebot eines Basistarifs auf dem Tisch der Politik.

Meine Damen und Herren,  
in der PKV sorgen die Versicherten kollektiv für ihre im Alter steigenden Gesundheitsausgaben vor. Allein im vergangenen Jahr sind die so gebildeten Alterungsrückstellungen um über 9 auf jetzt rund 103 Milliarden Euro gestiegen. Nach Auffassung aller Experten ist allein dieses Kapitaldeckungsverfahren geeignet, um die medizinische Versorgung in einer alternden Gesellschaft und angesichts des medizinisch-technischen Fortschritts zu gewährleisten.

Die Große Koalition würde das Problem der steigenden Gesundheitskosten also erheblich verschärfen, wenn sie die kapitalgedeckte private Krankenversicherung austrocknet und noch mehr Menschen in das demografieanfällige Umlageverfahren der gesetzlichen Krankenversicherung zwingt. Das wäre eine Politik zu Lasten der jetzt Erwerbstätigen und der nächsten Generationen. Dabei wäre es genau umgekehrt richtig: Es müs-

sten mehr Menschen und mehr Leistungen in dem zukunftsfesten, kapitalgedeckten System der PKV versichert werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal deutlich sagen:

- Erstens: Bis zum Wahltag hätte man das, was jetzt offenbar erwogen wird, Bürgerversicherung genannt. Obwohl dieses Radikalmodell selbst nach Bekunden der SPD vom Tisch ist, werden mit Blick auf die PKV Maßnahmen diskutiert, die sogar die ursprünglichen Reformideen von Rot-Grün noch übertreffen und vor allem Neidkomplexe in der Bevölkerung bedienen. Unter dem Motto „Wir sitzen alle in einem Pool“ wird hier populistisch soziale Gerechtigkeit bemüht, wo dringende Strukturreformen geboten wären.
- Zweitens: Der Schutz des Versichertenbestandes alleine hilft nicht. Ich sage dies ganz deutlich auch mit Blick auf die Union: Die PKV braucht selbstverständlich auch eine Entwicklungsperspektive, braucht Neuzugang. Ansonsten kommen wir in die irrwitzige Situation, ein funktionierendes PKV-System, in dem die Versicherten

selbst für die mit dem Alter steigenden Gesundheitskosten vorsorgen, über höhere Honorare das Gesundheitswesen stützen und mit dem sie in weitaus größerer Zahl als die Menschen in der gesetzlichen Krankenversicherung zufrieden sind, abwickeln zu müssen.

- Und das drittens, ohne dass der GKV und der Gesellschaft insgesamt damit geholfen wäre, wenn das PKV-Neugeschäft vereinbart werden könnte.

Meine Damen und Herren,  
für uns gilt weiterhin, was wir bereits vor zwei Wochen angesprochen haben: Die Ausgestaltung der Gesundheitsreform wird zeigen, ob der künftige Politikkurs noch mehr Staat oder ob er für die Menschen mehr Entscheidungsfreiheiten und mehr Eigenverantwortung bringt.

Planspiele zur Abschaffung der PKV passen nicht zu einem leistungsstarken, zukunftsfesten und freiheitlichen Gesundheitswesen. Das sehen nicht nur wir so. Das sehen auch zwölf Spitzenverbände so, die an Bundeskanzlerin Merkel im April appellierten, die PKV weder direkt noch indirekt zu schwächen.

Sollte die Politik sich jetzt anders entscheiden wollen, werden wir dem nicht tatenlos zusehen. Wir werden weiter offensiv über die Konsequenzen eines solchen Schrittes aufklären: In Gesprächen mit den politischen Akteuren, mit Ihnen, den Medienvertretern und wir werden gegebenenfalls auch unsere Versicherten individuell darüber in Kenntnis setzen, welche Auswirkungen die geplanten Maßnahmen der Koalition auf sie hätten.

Wie erwähnt, lassen wir im Augenblick überprüfen, an welche verfassungsrechtlichen Grenzen nicht nur die Einbeziehung der PKV in ein Fondsmodell, sondern auch andere diskutierte Sanktionen gegen die PKV und ihre Versicherten stoßen. Und natürlich würden wir gegen entsprechende Schritte dann gegebenenfalls auch gerichtlich vorgehen.